Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Anläßlich der **Rückkehr des chinesischen Hofes nach Peking** ist man von chinesischer Seite an das in Peking beglaubigte diplomatische Corps mit der Anfrage herangetreten, unter welchen Modalitäten dasselbe an dem Empfange des Hofes sich betheiligen werde. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Es handelt sich bei der Angelegenheit einmal darum, den Anschein einer Demüthigung des chinesischen Hofes zu vermeiden. Sodann aber muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß das diplomatische Corps nicht seinerseits in der Rolle reumüthiger Büßer auftritt. Gemäß Artikel 12 des am 7. September dieses Jahres vollzogenen Schlußprotokolls ist über die Abänderung des Hofceremoniells beim Empfange der fremden Vertreter eine Einigung erfolgt. Demgemäß wird die Frage der Theilnahme des diplomatischen Corps an dem Empfange des in seine Hauptstadt zurückkehrenden chinesischen Hofes in einer Weise erledigt werden müssen, die jede Abschwächung der angezogenen Bestimmung des Artikels 12 ausschließt. — Wir erhalten noch folgende, mit der Rückkehr des Hofes in Verbindung stehende Meldung:

* **Peking**, 21. October. („Reuter's Bureau".) Hiesige hohe Beamte haben Nachrichten erhalten, daß ein neuer Thronerbe ernannt werden wird, wenn die Kaiserin mit dem Prinzen Tsching in Kaifeng zusammentreffen wird. Daselbst werde eine allgemeine Berathung über die Angelegenheiten des Reiches gepflogen werden. Der Candidat der Kaiserin soll Lun Peitze, ein Neffe des Prinzen Tuan, sein. Die Reformpartei erhebt gegen diese Wahl Einwendungen und glaubt, daß die Mächte sich ihr widersetzen werden, wenn die Kaiserin auf der Wahl besteht. — Der spanische Gesandte Cologan verläßt morgen Peking; Dayen des diplomatischen Corps wird nunmehr der österreichische Gesandte Frhr. v. Wahldorn.

Die Verhandlungen mit der Direction der Anatolischen Bahnen behufs Erlangung der endgiltigen Erlaubniß zur Herstellung der **Bagdad-Bahn** haben bereits ein sehr beachtenswerthes Ergebniß gehabt. Die Vertreter der Gesellschaft machten den türkischen Bauenminister darauf aufmerksam, daß die jüngsten Vorgänge bei Koweit den Werth der Bahn sehr in Frage gestellt hätten, da die etwaige Besetzung Koweits durch eine auswärtige Macht der Bahn unschwer den Zugang zum Persischen Meerbusen abschneiden könne. Der Minister antwortete darauf, daß die Regierung des Sultans hinreichende Vorkehrungen getroffen habe, um die türkische Oberhoheit über Koweit unter allen Umständen sicher zu stellen. Im Hinblick hierauf habe der Sultan auch soeben den bisherigen Civilgouverneur von Basforah, Edhem Pascha, durch den General Mustafa Nuri Pascha ersetzt, welcher diese Stellung als Militärgouverneur und mit weit größeren Vollmachten ausfüllen werde. Der Letztgenannte war bisher Vali von Usküb, wo er sich durch seine strenge und energische Amtsführung bei der christlichen Bevölkerung nicht gerade beliebt gemacht hat. Am Persischen Meerbusen aber ist ein rücksichtsloser und durchgreifender Charakter sehr von Nöthen, zumal da es ziemlich feststeht, daß der bisherige Gouverneur Edhem Pascha (der mit dem bekannten Heeresführer Edhem Pascha nichts gemein hat) für englisches Geld sehr zugänglich war, und daß ihm deshalb an der Verschärfung des Koweit-Streitfalles ein wesentlicher Theil der Schuld beizumessen ist.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 22. October. Herr Rechtsanwalt Dr. Drucker ersucht uns um Abdruck der folgenden Zuschrift:

„In der heutigen Morgenausgabe wählt Herr D. Dreyhorff zum Ausgangspuncte eines Angriffs auf die Jesuiten die Mittheilung:

Fürst Löwenstein habe dem ihm von der Versammlung der Duellgegner gespendeten Dank für sein schneidiges Vorgehen gegen die alte Unsitte bescheiden abgelehnt, mit der Bemerkung, daß er nicht ihm, sondern dem heiligen Alfonso (de Liguori) gebühre.

Bei der scharfen Verurtheilung, die die Moraltheologie des Alfonso de Liguori gerade neuerdings in nichtultramontanen Kreisen gefunden hat, ist die Angabe des Herrn D. Dreyhorff geeignet, die interconfessionelle Anti-Duellbewegung zu discreditiren. Als Theilnehmer an der Conferenz will ich deshalb nicht verhehlen, festzustellen, daß die Behauptung des Herrn Artikelverfassers auf einer Personenverwechselung beruht. In der Sonnabendversammlung ist von dem heiligen Alfonso de Liguori überhaupt nicht die Rede gewesen, sondern nur die Mitwirkung seiner Durchlaucht des Fürsten zu Löwenstein in Beziehung gesetzt worden zu dem (übrigens von der Presse seiner Zeit vielfach besprochenen) thatkräftigen Eintreten des Infanten Don Alfonso zu Gunsten der Anti-Duell-Bestrebungen."

Selbstverständlich verlieren durch diese Richtigstellung die Mittheilungen des Herrn D. Dreyhorff über die casuistische Behandlung der Duellfrage durch die Jesuiten nicht das Mindeste an Gewicht.

△ **Berlin**, 21. October. Das Provinzialwahlcomité der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover war am Sonntag Vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten behufs Besprechung des Zolltarifentwurfs. Nach einleitenden Vorträgen der Herren Abg. Wamhof, Syndicus Dr. Rocke und Generalsekretär Flathmann und einer eingehenden Debatte wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Das Provinzialwahlcomité der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover erkennt die Wichtigkeit des Zolltarifs und Tarifgesetzes für die ganze wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands an und würdigt ihre Bedeutung als Rüstzeug zur Vertretung der deutschen Interessen gegenüber den anderen Ländern. Das Provinzialwahlcomité hält an seiner schon früher ausgesprochenen Ueberzeugung von der Nothwendigkeit sowohl langfristiger Handelsverträge als auch eines besseren Zollschutzes für die landwirthschaftlichen Producte fest, verwahrt sich aber gegen alle Versuche, die deutsche Tarifgesetzgebung einseitig zu Gunsten einer einzelnen Bevölkerungsgruppe in einer die übrigen Volkstheile schädigenden Weise auszugestalten. Die Interessen der Arbeiter und der Consumenten, namentlich der weniger leistungsfähigen, sind ebenso wie die des Unternehmerthums, die der Landwirthschaft in gleichem Maße, wie die der Industrie und des Handels zu berücksichtigen. Nur der Gesichtspunct einer billigen Ausgleichung aller verschiedenen Interessen darf bei der Berathung der vorliegenden Entwürfe, besonders auch bei der Frage der Einführung eines theilweisen Mindesttarifs maßgebend sein.

Vom Standpuncte der überwiegend Viehzucht treibenden landwirthschaftlichen Bevölkerung der Provinz Hannover aus muß die Einführung neuer und Erhöhung der bestehenden Zölle auf Futtermittel für äußerst bedenklich erachtet werden.

§ 12 des Tarifgesetzes wird vom Provinzialwahlcomité als nothwendig anerkannt."

(Dieser letzte Paragraph des Zolltarifgesetzes überläßt den Zeitpunct, an welchem der Zolltarif in Kraft tritt, der Bestimmung einer kaiserlichen Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths.)

— Die Kaiserin ist noch immer gezwungen, das Zimmer zu hüten und muß deshalb morgen, an ihrem 43. Geburtstage, darauf verzichten, die Glückwünschenden persönlich zu empfangen.

— Die Glückwunsch-Adresse der Berliner Bürgerschaft an die Kaiserin hat 18 000 Unterschriften gefunden.

— Der Bundesrath hat sich in seiner Sitzung am vergangenen Freitag abermals mit der Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten zu den ärztlichen Prüfungen beschäftigt. Es handelte sich dabei, wie der bayerisch-officiösen „Augsb. Abendztg." mitgetheilt wird, um eine richtige juristische Doctorfrage. Bekanntlich hatte der Bundesrath früher beschlossen, daß die Realgymnasial-Abiturienten vom 1. October dieses Jahres ab ohne weitere Nachprüfung zum ärztlichen Studium zugelassen werden sollen. Es war nun von juristischer Seite die Frage aufgeworfen worden, ob sich diese Vergünstigung auch bereits auf diejenigen Medicinstudirenden erstrecken solle, die vor dem 1. October dieses Jahres, also in der Zeit zwischen den großen Ferien und den Michaelisferien, das Reifezeugniß erworben haben. Der Bundesrath hat diese Frage, wie eigentlich selbstverständlich war, bejaht, so daß die Realgymnasial-Abiturienten, die demnächst das Studium der Medicin beginnen werden, von jeder Nachprüfung im Lateinischen und Griechischen befreit bleiben.

— Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat neuerdings bestimmt, daß auch bei Beschaffung von Ersatztheilen zu Postwagen (Radsätzen u. s. w.) der Reichspostverwaltung als Verwaltungskosten 1 Procent der für die Beschaffung der Wagentheile verausgabten Kosten in Rechnung zu stellen sind.

— In den Bedingungen für die regelmäßige Beförderung von Milch auf den preußischen Eisenbahnen ist eine Aenderung vorgenommen, nach welcher die Eisenbahnverwaltung die Hinterlegung eines Generalpfandes für eine größere Zahl von Stationen des Staatsbahnbereichs zulassen kann, das für alle von dem Stundungsnehmer auf den betreffenden Stationen zu entrichtenden Frachtbeträge haftet.

— Vom Milchkriege wird berichtet: Von Mitte dieser Woche an werden täglich 40 000 Liter Milch aus Vorpommern für Rechnung der Milchhändler-Genossenschaft nach Berlin kommen und an die Milchhändler abgegeben werden. Mit Rücksicht auf den weiten Transport und um die Milch vor dem Verderben zu schützen, wird dieselbe sterilisirt werden, ohne daß ein Preisaufschlag eintreten soll. Ein großer Sterilisirapparat ist an der Sammelstelle für die Milch, in Demmin, aufgestellt worden. — Zum Milchkriege nahm auch die Berliner Bäcker-Innung „Germania" in ihrer gestrigen Quartalsversammlung Stellung. Altmeister Paersch erklärte, der Milchkrieg hätte nicht die Bedeutung erlangt, die man erwartet hatte. Die Bäckermeister seien jetzt genügend mit Milch versorgt. Obermeister Bernard wies darauf hin, daß zu Beginn des Milchkrieges auch mit der Centrale verhandelt worden sei. Diese habe aber durch ungenügende und unregelmäßige Lieferung selbst bei den Bäckermeistern, die sich mit ihr eingelassen, jede Sympathie verscherzt. Jetzt ständen die Bäckermeister allesammt auf Seiten der Milchhändler und hofften, daß es bald gelinge, die alten Verhältnisse im Milchhandel wiederherzustellen. Allgemein wurde in der Debatte hervorgehoben, daß die Bäckermeister, unbeschadet ihrer politischen Gesinnung, in dieser Frage gegen die dem Ringe angehörigen Producenten Stellung nehmen und die Vertheuerung der Milch abwehren müßten. Die Milchcentrale ist, wie mitgetheilt wurde, in den letzten Tagen abermals an die Innung herangetreten und hat mit ihr auf zwei Jahre für den Preis von 15 ₰ pro Liter Vollmilch abschließen wollen. Das Anerbieten wurde jedoch von den Bäckermeistern abgelehnt.

— Bei dem Reichskanzler und der Gräfin von Bülow fand heute ein Diner statt, an welchem unter Andern Generaloberst Freiherr von Loë, der gegenwärtig hier weilende Botschafter in Rom Graf Wedel und Gemahlin, der Chef des Militärcabinets General Graf Hülsen-Haeseler und Gemahlin, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath Conrad, der Unterstaatssekretär im Staatsministerium Freiherr von Seckendorff, Gesandter von Lindenau und Legationsrath Freiherr von Wangenheim Theil nahmen.

— Hier angekommen sind der Fürst und die Fürstin von Schwarzburg-Sondershausen. Abgereist ist der Ministerial-Director im Cultusministerium Dr. Kügler nach der Provinz Ostpreußen.

— Im Reichs-Postamt sind, wie im „Reichsanzeiger" amtlich bekannt gegeben wird, die Geheimen Posträthe und vortragenden Räthe Ebert und Hennicke zu Geheimen Ober-Posträthen, der Ober-Postdirector, Geheime Postrath Granzow aus Düsseldorf, und der Postrath und ständige Hilfsarbeiter Wachenfeld, Letzterer zugleich zum Geheimen Postrath, zu vortragenden Räthen ernannt worden.

— Das Befinden des Reichstagsabgeordneten Dr. Georg v. Siemens ist dem „B. T." zufolge derart, daß das Eintreten der Katastrophe in Kurzem zu erwarten steht. Dr. v. Siemens, dessen Krankheit sich als Magenkrebs herausgestellt hat, ist nicht mehr in der Lage, Nahrung aufzunehmen, und befindet sich seit heute Morgen auch nicht mehr bei voller Besinnung. Heute ist gerade der Geburtstag des Kranken, der im Jahre 1839 geboren ist und somit im Alter von 62 Jahren steht.

* **Neudeburg**, 21. October. Einen interessanten Proceß haben die hiesigen Volksschullehrer gegen die Stadtverwaltung angestrengt. Der vor einiger Zeit hier verstorbene Rentier Siljack hat der Stadt ein größeres Capital zur Aufbesserung der Lehrergehälter vermacht, und der Magistrat hat das Legat auch angenommen. Als aber nun die städtischen Lehrer um Erhöhung der Alterszulagen aus dem Siljack'schen Legat vorstellig wurden, lehnte die Schuldeputation die Eingabe rundweg ab. Daraufhin haben die Lehrer die Stadtverwaltung verklagt.

* **Hannover**, 21. October. Der Generalfeldmarschall Graf Waldersee hütet, wie die „B. N. N." melden, zur Schonung seines Beines noch immer das Bett, doch giebt sein Befinden erfreulicher Weise zu Bedenken keinen Anlaß.

⊙ **Frankfurt a. M.**, 21. October. Aus Anlaß der Eröffnung der neuen Akademie für Social- und Handelswissenschaften gab die Stadt Frankfurt heute Abend ein Festmahl. Zu demselben waren erschienen der Cultusminister Dr. Studt, der Handelsminister Möller, der commandirende General des 18. Armeecorps General der Infanterie v. Lindequist, der Stadtcommandant Generallieutnant v. Stülpnagel, als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Director des Colonialamtes Dr. Stuebel, Eisenbahnpräsident Thomé, der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau Frhr. v. Zedlitz-Trützschler, Regierungspräsident Dr. Wentzel, Oberbürgermeister Adickes und die Bürgermeister von Wiesbaden, Mainz, Darmstadt und Offenbach, die Rectoren der Hochschulen in Gießen, Marburg, Heidelberg und Darmstadt, die Mitglieder des Magistrats und zahlreiche Ehrengäste. Die Reihe der Trinksprüche eröffnete der Cultusminister und führte aus, der heutige feierliche Act sei ein höchst bedeutungsvoller Abschnitt in der Entwickelung der wissenschaftlichen Bestrebungen Frankfurts, er sei ein neues Ruhmesblatt in dem Lorbeerkranze, den sich die Stadt durch die Förderung der Wissenschaften erworben habe. Alle Einrichtungen, die dazu bestimmt seien, die Wohlfahrt des Volkes zu pflegen, die sociale Lage zu bessern und dem Frieden zu dienen, fänden die wirksamste Unterstützung des Kaisers; er regiere im Sinne seines Großvaters als ein wahrer imperator semper augustus. Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, das begeisterten Widerhall fand. — Nunmehr ergriff Minister Möller das Wort. Er erinnerte zunächst daran, wie Frankfurt seit dem Jahre 1866 zur Blüthe gelangt sei, es habe sich von einer Stadt mit 100 000 Einwohnern zu einer solchen mit 300 000 entwickelt. Auf dem Gebiete des Schulwesens sei Frankfurt in erster Linie für alle anderen Städte in Deutschland vorbildlich, von keiner übertroffen, von wenigen erreicht! Die Stadt könne stolz darauf sein, daß sie heute ein neues Blatt in ihren Ruhmeskranz geflochten habe. Redner gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die Schule der jungen Kaufleute nicht an fleißiger Arbeit hindern werde, denn die Arbeit sei die erste Bedingung für den Kaufmannsstand. Wenn aber das Studium als Ergänzung der praktischen Arbeit gedacht sei, wie hier, so sei von diesem Standpuncte aus die Errichtung der Handelshochschule freudig zu begrüßen. Neben der allgemeinen Bildung sei die Fachausbildung nicht zu vernachlässigen, denn diese sei in heutiger Zeit, wo die Zahl der Regierenden immer kleiner, die der Regierten stets größer werde, von größter Wichtigkeit. Durch seine gewaltige Arbeitsleistung gehe Deutschland allen anderen Nationen voran. Man finde im Auslande in jeder größeren Stadt deutsche Geschäftshäuser, wo es fremde Geschäftshäuser seien, seien doch die Hauptleiter und Mitarbeiter Deutsche. Diese Arbeitsamkeit der Deutschen dürfe nicht beeinträchtigt werden, darin liege die Stärke der Nation. Erfreulich sei auch, daß man in Frankfurt von dem Reichthum zu ethischen Zwecken abgebe. Es sei zu wünschen, daß dies auch in Zukunft der Fall sei. Sein Hoch gelte der Stadt Frankfurt. — Der Director des Colonialamtes Dr. Stuebel begrüßte dann Namens des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Frhrn. v. Richthofen die Errichtung der neuen Akademie. Der Staatssekretär habe eine Anzahl Assessoren, die sich für den Consulardienst vorbereiteten, angewiesen, an der hiesigen Akademie den Studien obzuliegen, er wünsche der Anstalt einen vollen Erfolg. Redner schloß mit einem Hoch auf den großen Rath, den Verwaltungsausschuß und dessen Vorsitzenden. — Oberbürgermeister Adickes begrüßte mit herzlichen Worten des Dankes die einzelnen Regierungsvertreter; er hoffe, daß die Staatsregierung der Stadt Frankfurt ihr Entgegenkommen immer so bewahre, wie jetzt; die Stadt werde sich bemühen, daß sie das ihr gespendete Lob durch Thaten verdiene; er schloß mit einem Hoch auf die Minister, sowie auf Alle, die das Werden der Anstalt gefördert hätten. — Der Oberpräsident Graf Zedlitz-Trützschler, als Staatscommissar, berührte nunmehr auch die Ziele der Akademie, deren Gründung in Frankfurt hocherfreulich sei, wünschte den Docenten, daß sie Befriedigung in ihrem Berufe finden möchten, und schloß mit einem Hoch auf den gesammten Lehrkörper der Akademie. — Der Rector Morf dankte für die Ehrung des Lehrkörpers und brachte ein Hoch auf die Schwesteranstalten in der Umgegend aus. — Es sprachen dann noch Professor Rathgen-Heidelberg, der Justizrath Humser, der Handelskammerpräsident Andreae, der Eisenbahnpräsident Thomé und Andere. Thomé erklärte, der Eisenbahnminister habe in Aussicht gestellt, daß, wenn junger Nachwuchs für den Eisenbahndienst nach Frankfurt komme, dieser die Akademie besuchen werde. Der Eisenbahnpräsident schloß mit einem Hoch auf den Oberbürgermeister Adickes.

⊙ **Wiesbaden**, 21. October. Die Vertrauensmännerversammlung der Centrumspartei, welche heute Nachmittag in Eltville tagte, stellte, wie der „Rheinische Courier" meldet, als Candidaten für die Reichstagsersatzwahl im hiesigen zweiten nassauischen Wahlkreise Professor Dr. Wedewer-Wiesbaden auf.

△ **Aus dem Großherzogthum Baden.** Die badischen Landtagswahlen haben erst am Sonnabend, 19. October, mit der Wahl des nationalliberalen Candidaten Kiß in Constanz, welcher 62 Stimmen erhielt, ihren Abschluß gefunden; das Centrum gab 9 weiße Stimmzettel ab, der demokratische Candidat erhielt nur 7 Stimmen. Ueber die Wahl im Kreise Engen-Stockach, welcher wider Erwarten dem Centrum anheimfiel, schreibt man uns, daß bei den Urwahlen 2089 Stimmen sich auf den liberalen Candidaten, dagegen nur 1971 auf das Centrum vereinigt hatten.

* **Straßburg**, 21. October. Was von Anfang an vorausgesehen wurde, daß der Fall Spahn nicht vereinzelt bleiben, sondern daß die Spaltung der bisher einheitlichen Kaiser Wilhelms-Universität in einem katholischen und protestantischen Theil fortschreiten werde, ist eingetroffen. Das Berliner Jesuitenblatt, die „Germania", hat ganz recht, wenn sie ankündigt, daß neben Ziegler und Windelband ein Professor der katholischen Philosophie gesetzt werden wird. Wie dem „Schw. Merc." glaubhaft versichert wird, soll hierzu der Lehrer am bischöflichen Seminar in Hagenau, Debio, ausersehen sein.

Oesterreich-Ungarn.

* **Prag**, 21. October. Bei der Reichsrathsersatzwahl in Karolinenthal wurde an Stelle des verstorbenen Kaizl der Jungtscheche Fiedler gewählt.

* **Pest**, 21. October. Das Abgeordnetenhaus wird die erste Sitzung am 26. d. M. unter dem Vorsitze seines Alterspräsidenten abhalten. — Der König wird am 28. d. M. den Reichstag mit einer Thronrede eröffnen.

Frankreich.

Der drohende Bergarbeiterstreik.

* **Saint-Etienne**, 21. October. In der Sitzung des Ausschusses der Bergarbeiter wurde heute kein Beschluß gefaßt, und die Sitzung auf morgen vertagt. Der Ausschuß entschied sich dahin, heute Abend der Presse keine Mittheilung zugehen zu lassen.

* **Paris**, 21. October. Aus Saint-Etienne wird den Blättern berichtet, daß von den sieben Deputirten des Bergarbeiter-Syndicats drei für den Gesammtausstand und drei für eine Vertagung des Ausstandes eingetreten seien. Einer habe sich noch nicht erklärt.

* **Paris**, 21. October. Die Regierung ordnete, wie die Blätter von zuständiger Seite melden, bereits seit langer Zeit alle entsprechenden Maßnahmen für den Fall an, daß sämmtliche Bergarbeiter sich an dem Ausstande betheiligen. Die Departementspräfecten hätten schon Mitte September die Weisung erhalten, sich mit den Militärbehörden ins Einvernehmen zu setzen; sämmtlichen Polizei-, Gendarmerie- und Truppenaufgeboten seien bereits die Puncte, wo sie im gegebenen Falle verwendet werden sollen, bekannt, außerdem seien sehr umfangreiche Maßnahmen in Hafenorten getroffen, damit Kohlen und Rohstoffe ungehindert verladen werden könnten.

* Das Schreiben, das der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau an den Generalsekretär der nationalen Föderation der Grubenleute, Herrn Cotte, gerichtet hat, lautet:

Paris, 16. October.

Herr Generalsekretär! Die Erklärungen, die die Regierung in der Kammersitzung vom 8. März d. J. abgegeben hat, lassen keinen Zweifel über deren Absichten bestehen. Ich habe in deren Namen gesagt:

1) hinsichtlich der Schaffung eines Lohnminimums, daß es der Regierung nicht zustehe, weder einer Gesammtheit von Betrieben noch einem einzigen Betriebe ein Lohnminimum aufzuerlegen; daß es nur den Parteien zustehe, dieses durch ein gemeinsames Einvernehmen festzustellen; daß es wünschenswerth wäre, daß diese Frage zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterfachvereine geklärt werde;

2) hinsichtlich der Feststellung einer Rente von zwei Francs täglich nach 25jähriger Arbeit und ohne Altersbedingung für die Grubenleute habe ich gesagt, daß ich, da ich die Initiative zu dem Gesetze vom 29. Mai 1894 ergriffen, bereit wäre, zu erwägen, in welchem Maße diese Gesetzgebung ergänzt und verbessert werden könnte;

3) hinsichtlich der achtstündigen Arbeit Tag für Tag habe ich gesagt, daß das Ministerium sich anheischig mache, Erhebungen darüber anzustellen, ob die Arbeit in den Gruben auf acht Stunden täglich beschränkt werden könnte; daß die Lösung dieser Frage nicht ohne ein paralleles Studium des Systems der Arbeit in den Gruben ins Auge gefaßt werden kann und daß man mit der Verringerung der Förderungsziffer eine Krise vermeiden müsse, die namentlich auf die kleinen Consumenten und sogar die Armen drücken würde.

Die Regierung hat diesen Erklärungen nichts hinzuzufügen und nichts zu entziehen, die sie in voller Freiheit abgegeben und deren Verwirklichung sie verfolgen wird, ohne daß ein Umstand sie entmuthigen oder zu Versprechungen veranlassen könnte, die Niemand zu halten vermöchte.

Schon im Monat März verlangte sie von ihren Dienstzweigen alle Auskünfte, die sie aufklären können; bald darauf setzte sie eine Commission ein, die den Vertretern aller auf dem Spiele stehenden Interessen gestattete, ihre Stimmen vernehmen zu lassen. Sie wartet das Resultat dieser nothwendigen Enquete ab, um die geeigneten Entscheidungen zu treffen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Entwickelung einer Industrie in Einklang zu bringen, die eine der ersten Stellen in dem industriellen Gedeihen des Landes einnimmt.

Reformen werden nicht auf heftige Tage Licht oder eine bestimmte Frist bereitet. Man erreicht sie nur durch das Studium und eine gewissenhafte und friedliche Vorbereitung. Und da ich noch Ihnen auf die Eventualität eines Generalstreiks anspiele, so lassen Sie mich Ihnen sagen, daß, wenn man davon einen schweren Nachtheil für das Land befürchten muß, man auch befürchten kann, daß er die Interessen schädigt, die Sie vertheidigen wollen. Genehmigen Sie ꝛc.

Der Ministerpräsident, Minister des Innern und der Culte.
Waldeck-Rousseau."

---

* **Paris**, 21. October. Delcassé gab heute zu Ehren der Internationalen Conferenz für Maaße und Gewichte ein Frühstück.

Schweden und Norwegen.

Friedenspreis.

* **Christiania**, 22. October. (Telegramm.) Präsident Krüger hat sein Vorschlagsrecht, betreffend die Vertheilung der Nobelprämie für die Förderung der Friedenssache, dahin ausgeübt, daß er beantragte, dieselbe Mr. Stead in London zuzuerkennen. Die Blättermeldung, daß Krüger die Prämie erhalten habe, ist unbegründet. Die Zutheilung erfolgt erst am 10. December.

Orient.

Prinz Adalbert; Skupschtina.

* **Konstantinopel**, 21. October. Prinz Adalbert wohnt während seines hiesigen Aufenthaltes an Bord des Schulschiffes „Charlotte". Zur Dienstleistung ist ihm General Rafik Pascha zugetheilt.

* **Belgrad**, 21. October. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Skupschtina erhoben die liberalen Abgeordneten Ribarac und Dr. Veljkowitsch Einspruch dagegen, daß in der gestrigen gemeinsamen Sitzung der Skupschtina und des Senats im königlichen Schlosse, in welcher der König die Thronrede verlas und den Eid auf die Verfassung ablegte, der Präsident des Senats den Vorsitz führte. Die Redner erblickten hierin eine Hintansetzung der Skupschtina, die über dem Senat stehe. Handelsminister Dr. Milowanowitsch widerlegte an der Hand der Verfassung die Einwände beider oppositionellen Abgeordneten, worauf die Skupschtina zur Tagesordnung überging.

Asien.

Agitation gegen das japanische Cabinet.

* **Washington**, 21. October. (Reuter's Bureau.) Der in Begleitung des Marquis Ito hier weilende frühere japanische Minister des Aeußeren Tusaguki erklärte, die angebliche Bewegung, das jetzige japanische Cabinet zu stürzen, habe nicht die Billigung des Marquis Ito, der nicht wünsche, das Cabinet gestürzt zu sehen.

* **London**, 22. October. (Telegramm.) Die „Times" melden aus Tokio vom 14. October: Die Partei des Marquis Ito, deren Gesinnung gegen das jetzige Cabinet schon immer unfreundlich war, begrüßt den Vorwand zur Opposition, den die Haltung der Regierung in der Budgetfrage gegen dieselbe bietet. Das Cabinet nahm nämlich mit den Mitgliedern des Oberhauses über das für das nächste Jahr aufzustellende Budget Rücksprache, vernachlässigte die gleiche Rücksicht aber gegenüber der Partei, die die Mehrheit im Unterhause besitzt. Da im nächsten Sommer unbedingt die allgemeinen Wahlen stattfinden müssen, so kann die Regierung ihre gewöhnliche Waffe, die Auflösung in dieser Session, nicht mit Erfolg anwenden. Die Lage giebt zu zahlreichen Muthmaßungen Anlaß.

Mandschureivertrag.

* **London**, 22. October. (Telegramm.) Der „Standard" berichtet aus Shanghai unter dem 21. October: In der neuen Mandschurei-Convention, über die der russische Gesandte Lessar und Li-Hung-Tschang unterhandeln, erklärt sich Rußland einverstanden, die drei mandschurischen Provinzen Liaotung, Kirin und Heilungkiang, nördlich vom Sungari-Flusse, an China zurückzuerstatten. China ist damit einverstanden, sich bezüglich des Schutzes der Bahnlinie Schanhaikwan-Niutschwang allein auf Rußland zu verlassen. Rußland erklärt sich bereit, Schenking während des laufenden Jahres, Kirin und Heilungkiang allmählich innerhalb zweier Jahre zu räumen. China verspricht die Anstellung russischer Officiere zur Ausbildung der Mandschutruppen Tsengtschi's, des Tartarengenerals von Mukden. Diese Bedingungen sind für China so günstig, bemerkt der Correspondent des „Standard", daß wahrscheinlich noch ein anderes Abkommen besteht, das geheim gehalten wird.

Militärisches.

* Ueber Typhuserkrankungen unter den Berliner Truppen laufen allerhand Gerüchte um. Diese entbehren, wie ein Berichterstatter meldet, jeder Begründung. Wahrscheinlich sind sie zurückzuführen auf Vorsichtsmaßregeln, die die Militärverwaltung bei der Einziehung der Recruten aus Gegenden, in denen der Typhus herrscht, getroffen hat.

⊙ **Cassel**, 21. October. Unter den Mannschaften des 83. Infanterie-Regiments sind einzelne Typhusfälle vorgekommen.

Personalveränderungen in der k. sächs. Armee.

Officiere, Fähnriche ꝛc.

den 18. October.

Mit dem Ausscheiden aus dem bisherigen Ostasiatischen Expeditionscorps in der Armee bei nachstehenden Truppentheilen wieder angestellt: vom 6. Ostasiatischen Inf.-Regt.: Cummerow, Lnt., im 11. Inf.-Regt. Nr. 139, vom Ostasiatischen Eisenb.-Bat. — 2. Eisenbahn-Bau-Compagnie —: die Lnts.: Rühlmann, im 2. Pion.-Bat. Nr. 22. Geyer, bei den königl. sächs. Compagnien des königl. preuß. Eisenb.-Regts. Nr. 2, Koch, Lnt. bei den königl. sächs. Compagnien des königl. preuß. Eisenb.-Regts. Nr. 2, in das 5. Inf.-Regt. „Prinz Friedrich August" Nr. 104 versetzt.

Beamte der Militärverwaltung.

Durch Verfügung des Kriegsministeriums.

Den 19. October.

Prof. Dr. Edelmann, Oberrossarzt der Landw. 2. Aufgebots des Landw.-Bez. II Dresden, behufs Ueberführung zum Landsturm 2. Aufgebots der Abschied bewilligt.

Ordensverleihungen.

Der König hat den nachgenannten Officieren die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Auszeichnungen ertheilt, und zwar: des königlich preußischen Rothen Adler-Ordens 4. Cl.: dem Major Mehlhorn, à la suite des Fußart.-Regts. Nr. 12, Vorstand des Art.-Depots und Art.-Officier vom Platz in Dresden; des Comthurkreuzes des großherzoglich sachsen-weimarischen Hausordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken: dem Hauptm. z. D. v. Minckwitz; des Ritterkreuzes des großherzoglich mecklenburgischen Hausordens der Wendischen Krone: dem Major Schönbrodt beim Stabe des 1. Bataillons-Batl. Nr. 12; des Officierkreuzes des königlich niederländischen Ordens von Oranien-Nassau: dem Hauptm. Rothe, à la suite des 5. Inf.-Regts. „Prinz Friedrich August" Nr. 104, Mitglied der königl. preuß. Gewehr-Prüfungs-Commission.